tigt werden. Die Rechtsgrundlage für die Anwendung dieser Maßnahmen sollte in einem einzigen Text konsolidiert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Es wird dafür gesorgt, daß Waren aus Interventionsbeständen bezeichneten Einrichtungen zur Verteilung an bedürftige Personen in der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Diese Personen erhalten die Nahrungsmittel kostenlos oder zu einem Preis, der auf keinen Fall höher liegt, als durch die der bezeichneten Einrichtung bei der Durchführung der Maßnahme entstehenden Kosten gerechtfertigt ist. Die Verteilung erfolgt anhand eines von der Kommission ausgearbeiteten Jahresplans.

Artikel 2

Die in Artikel 1 genannten Einrichtungen werden von dem betreffenden Mitgliedstaat bezeichnet. Führt dieser Mitgliedstaat eine solche Bezeichnung nicht durch, so erfolgt sie durch die Kommission.

Artikel 3

Die unter Artikel 1 fallenden Waren werden kostenlos an die bezeichneten Einrichtungen abgegeben. Der Rechnungswert der abgegebenen Waren ist der Interventionspreis, falls erforderlich multipliziert mit Koeffizienten, um Qualitätsunterschieden Rechnung zu tragen.

Artikel 4

Die gemäß Artikel 1 zur Verfügung gestellten Waren werden durch Verpflichtungsermächtigungen in dem diesbezüglichen Artikel betreffend den EAGFL, Abteilung Garantie, im Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften finanziert. Es kann auch vorgesehen werden, daß diese Finanzierung zu den Beförderungskosten der Erzeugnisse von den Interventionszentren beiträgt.

Artikel 5

Die Kommission erläßt die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung nach dem Verfahren des Artikels ... der Verordnung (EWG) Nr.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Änderung des Vorschlags für eine Richtlinie des Rates mit Hygienevorschriften für frisches Fleisch und zur Festlegung der hinsichtlich dieses Fleisches zu erhebenden Gebühren gemäß Richtlinie 85/73/EWG⁽¹⁾

KOM(87) 510 endg.

(Vorlage der Kommission an den Rat gemäß Artikel 149 Absatz 3 des EWG-Vertrags am 22. Oktober 1987)

(87/C 298/05)

Die Kommission hat dem Rat den genannten Vorschlag am 11. November 1986 unterbreitet. Aus den vorstehend bereits dargelegten Gründen wird der ursprüngliche Vorschlag wie folgt geändert:

Artikel 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Bezüglich Schlachtungen, die der Landwirt für seinen persönlichen Bedarf durchführt, können die Mitgliedstaaten Ausnahmen von den Bestimmungen des ersten Absatzes gewähren. Sie stellen jedoch sicher, daß das auf diese Weise erzeugte Fleisch nicht in den Verkehr gebracht wird.“

(¹) ABl. Nr. C 302 vom 27. 11. 1986, S. 4.